
Antrag

des NEOS-Landtagsklubs (Erstantragsteller Klubobmann Dominik Oberhofer)
betreffend:

Einführung eines eigenständigen Pflichtfaches Politische Bildung ab der 7. Schulstufe

Der Landtag wolle beschließen:

„Die Tiroler Landesregierung wird aufgefordert, nach der Entschließung (GZ 208/15), erneut an die Bundesregierung heranzutreten, dass ein eigenständiges Pflichtfach „Politische Bildung“ an allen Schultypen ab der 7. Schulstufe eingeführt wird. Dies soll im Rahmen des Pädagogikkonzeptes des Bundesministeriums in den Fächerkanon eingearbeitet werden.“

Zuweisungsvorschlag:

Ausschuss für Gesellschaft, Bildung, Kultur und Sport

Begründung:

Wie wird das österreichische Parlament gewählt? Wie entstehen Gesetze? Welche Staatsformen gibt es, wodurch unterscheiden sie sich und was bedeutet dies für die Bürger_innen? Fragen, die sich 16-jährige Schüler_innen stellen, wenn sie zum ersten Mal an die Wahlurne schreiten. Sich kritisch mit politischen Themen auseinanderzusetzen, zu hinterfragen und darüber zu diskutieren – das soll Politische Bildung in Schulen leisten.

Auch der Tiroler Landtag hat im Bereich der politischen Bildung in den vergangenen Jahren eine Reihe entsprechender Initiativen gesetzt. So wurde etwa erst im Oktober 2020 die Förderung einer Doktorand_innenstelle am Institut

für Politikwissenschaften an der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck mit dem Forschungsschwerpunkt „Politische Bildung“ beschlossen (vgl. GZ 492/20).

Demokratie benötigt mündige, informierte und politisch gebildete Staatsbürger_innen. Zweifellos fällt hierbei der Politischen Bildung in Schulen eine besondere Rolle zu. Eine Studie des Österreichischen Zukunftsfonds¹ aus dem Jahr 2014 verweist in diesem Zusammenhang auf die hohe Bedeutung von Schulen und Ausbildungsstätten. Die Studienautoren empfehlen u.a. den „Ausbau der politischen Bildung in allen Schulformen“.

Obwohl man bereits in den späten 1970er Jahren versucht hat, „Politische Bildung“ als Unterrichtsfach zu etablieren, gelang erst im Jahr 2001 die schulstufenspezifisch schrittweise durchgeführte Umbenennung des Faches „Geschichte und Sozialkunde“ in „Geschichte/Sozialkunde und Politische Bildung“. Es bleibt allerdings fraglich, ob die im Kompetenzmodell Politische Bildung festgelegten Lernziele letztlich auch nur annähernd erreicht werden.

Medienberichten zufolge arbeitet das Bildungsministerium aktuell an einem Pädagogikkonzept samt neuen Lehrplänen und hat dafür auch namhafte Expert_innen sowie systemisch-integrale Organisationsentwickler² zur Strategiebegleitung im Einsatz. Auch und gerade in diesem Zusammenhang wäre jetzt der richtige Zeitpunkt ein eigenständiges Pflichtfach „Politische Bildung“ ab der 7. Schulstufe in den Fächerkanon zu implementieren.



Innsbruck, am 30. September 2021

¹ http://www.zukunftsfonds-austria.at/download/SORA_13069_Pressepapier_Geschichtsbewusstsein_autoritaere_Einstellungen.pdf

² <https://www.derstandard.at/story/2000128545662/ex-neos-chef-matthias-strolz-beraet-bildungsminister-fassmann>